

Ein Sandmännchen allein macht noch keinen Sommer

Für eine Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks mit Blick auf Ostdeutschland

Rundfunk und Presse sind wichtige Gradmesser für das Freiheitsempfinden einer Gesellschaft. In den Wendejahren 1989/90 explodierte der journalistische Eigensinn im Osten geradezu: Bis zu 100 neue Zeitungen wurden gegründet, 30 allein aus der Reformbewegung kommend, Fernseh- und Radioredaktionen suchten und erfanden sich neu. Aber die Medienrevolution der DDR war schnell vorbei, als Treuhand und westdeutsche Konkurrenz übernahmen. Für 1,2 Milliarden D-Mark gingen sämtliche Regionalzeitungen in die Hände von Westverlagen. Einige der heutigen Big Player im Mediengeschäft entstanden erst durch die Aufkäufe im Osten¹.

In der Zusammenschau der Medienlandschaft nimmt der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk eine – durch das Grundgesetz abgesicherte – Sonderstellung ein. Allerdings fließen in der Wahrnehmung der (ostdeutschen) Nutzerinnen und Nutzer private und öffentlich finanzierte Berichterstattung ineinander. Die Allgegenwärtigkeit westdeutscher Perspektiven ist dabei ein generelles Problem. Als Lenkung aus der Ferne wird beides verstanden: Sowohl der private Zeitungsverlag in Hamburg oder Köln als auch der Nachbau West beim MDR oder dem rbb. Im Fall der Öffentlich-Rechtlichen Sendeanstalten kommt verschärfend hinzu, dass die ostdeutschen Beitragszahler in ihren Augen die »Fernlenkung« auch noch selbst finanzieren. Ebenso sensibel wird reflektiert, dass die postulierte neutrale Berichterstattung mit den tatsächlichen west-lastigen Sendeinhalten in Spannung steht. Dafür war auch zu offensichtlich und zu kaltschnäuzig die Aufbauphase und Etablierung des MDR von der sächsischen CDU und von bayerischen Medienmachern bestimmt.

Ostdeutsche höchstens in homöopathischen Dosen

Die Dominanz westdeutscher Entscheiderinnen und Entscheider zeigt sich beim Geld, bei den Themen und beim Personal. Von den insgesamt zwölf Sendern bei ARD, ZDF, Deutschlandradio und Deutsche Welle gibt es nur eine Intendantin ostdeutscher Herkunft. Von 21 Programmleiter/innen und -geschäftsführer/innen (inklusive KiKa, Phoenix, ARD) sind nur zwei ostdeutscher Herkunft. Beim Bayerischen Rundfunk gibt es einen Programmleiter, der aus Österreich kommt. Nur drei ostdeutsche Frauen sind in Programmverantwortung – diese sitzen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

¹ | Vgl. www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP45_Mediale_Spaltung.pdf

Diesem Muster folgend findet sich auch in den relevanten Statistiken der Berichterstattung wenig Erfreuliches. Bei den Politikerinnen und Politikern mit den meisten O-Tönen finden sich zum Beispiel neben der Bundeskanzlerin nur zwei weitere mit ostdeutschem Hintergrund – Dietmar Bartsch und Michael Kretschmer². Mittlerweile räumt selbst die von der Bundesregierung berufene Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« ein, dass der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk »in seinen verschiedenen bundesweiten Sendeformaten (Nachrichten, Zeitgeschehen, Dokumentationen etc.) noch viel zu wenig über die ostdeutschen Regionen« berichte, und die Berichterstattung zu ostdeutschen Themen wenig über Angriffe von Nazi-Strukturen hinausgehe³.

Die Entsorgung der DDR seit den 1990er Jahren setzt sich fort in der Vernachlässigung der ostdeutschen Gegenwart. Die Übernahme von Sandmännchen und Polizeiruf in die bundesdeutsche Programmlandschaft sind schlicht nicht genug. Drei Haselnüsse für Aschenbrödel reichen vielleicht für etwas Besinnlichkeit an den Weihnachtstagen, für die Anerkennung und Gleichrangigkeit des Ostens in der bundesweiten Programmgestaltung sind sie zu wenig.

Ostdeutsche Beitragsgelder fließen in den Westen

ARD, ZDF und Deutschlandradio haben über 50 Gemeinschaftssendungen, -einrichtungen und -aufgaben (GSEA)⁴. Dazu gehören z.B. ARTE, PHOENIX, Kinderkanal und 3sat, die Redaktion von ARD-aktuell und die Programmdirektion Erstes Deutsches Fernsehen, das ARD-Hauptstadtstudio und der Beitragsservice. Nur zwei (Kika, ARD Playout Center) sitzen in den ostdeutschen Bundesländern, wenn man das ARD-Hauptstadtstudio in Berlin hinzunimmt, sind es drei.

Tom Buhrow, Intendant des Westdeutschen Rundfunks, zudem Aufsichtsratsvorsitzender der Bavaria Film GmbH, Aufsichtsrat der ARD-Filmtochter Degeto, der WDR Mediagroup und der ARD-Rechteagentur SportA und stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates des Deutschlandradios, stellte im März 2020 fest: »Wenn man sich die Landkarte der Gemeinschaftseinrichtungen der ARD anschaut, sind wir mit diesen sogenannten GSEAs in den ostdeutschen Bundesländern zu wenig vertreten und müssen dort präsenter sein. Der Verantwortung sind wir uns bewusst.«⁵ Ein halbes Jahr später übernahm Buhrow den ARD Vorsitz für die nächsten zwei Jahre. Und machte aus diesem Verantwortungsbewusstsein: Nichts. Stattdessen wurde die in Aussicht gestellte neue gemeinsame digitale Kulturplattform der ARD am Standort Halle (Saale) zum Faustpfand. Angesichts der Debatte um die Gehaltsstruktur im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk und die Erhöhung des Rundfunkbeitrags im Jahr 2020 im Landtag von Sachsen-Anhalt kommentierte Buhrow in Bezug zur neuen Einrichtung: »Laute politische Forderungen haben es uns eher schwerer gemacht«.

Betrachtet man die Finanzströme, zeichnet sich folgendes Bild: Die Kosten aller ARD-Gemeinschaftsangebote liegen bei über 1.500 Mio. Euro. In den Osten geht davon ein Bruchteil: Der Etat des Kinderkanals liegt bei über 90 Mio. Euro. Allerdings stehen der Geschäftsstelle in Erfurt nur ca. 36 Mio. Euro und ca. 60 feste Stellen zur Verfügung. Der Rest des Etats wird durch Programmzulieferungen der einzelnen Sender aufgefüllt. Das ARD-Playout-Center verfügt über ca. 18 Mio. Euro und beschäftigt rund 60 feste und freie Mitarbeiter und ist beim RBB in Potsdam angesiedelt.

2 | Maurer et al, Nachrichtenmonitor 2020 in: Media Perspektiven 03/21, S. 182

3 | www.medienkorrespondenz.de/politik/artikel/kommission-30-jahre-deutsche-einheit-ard-und-zdf-muessen-mehr-ueber-den-osten-berichten.html

4 | www.ard.de/home/Gemeinschaftssendungen__einrichtungen__aufgaben__GSEA_/468164/index.html

5 | www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/oeffentlich-rechtlicher-rundfunk-tom-buhrow-will-die-ard-ostdeutscher-machen-und-stoesst-auf-widerstand/25588114.html?ticket=ST-4562734-FySAeuid5eekaxKfW0Wm-ap5

Das zeigt ein massives Ungleichgewicht. Ostdeutsche Beitragsgelder fließen so in Größenordnungen in den Westen ab. Besonders deutlich wird dies auch bei den Sportrechten. Weit über 70 Prozent der Ausgaben von durchschnittlich 250 Mio. Euro fließen in den Fußball. Im Falle der Rechte an der ersten und zwei Bundesliga profitieren vor allem wieder westdeutsche Klubs.

Die ARD braucht neuen Finanzausgleich

Derzeit fließen 1,7 Prozent der Einnahmen der ARD in einen Finanzausgleich, der dem Saarländischen Rundfunk sowie Radio Bremen zu Gute kommt. Dieser Finanzausgleich soll dazu dienen, dass diese strukturell benachteiligten Sender für ihr Bundesland trotzdem qualitativ hochwertiges Programm produzieren sowie Zulieferungen ins Erste Programm sowie den Kinderkanal leisten können.

Einen vergleichbaren Ausgleich für die oben skizzierten strukturellen Nachteile des Ostens sucht man vergeblich. Inhalte und Sender, die insbesondere ostdeutsche Sichtweisen und Probleme abbilden, sind und bleiben derzeit insbesondere in den ARD-Gemeinschaftsangeboten unterrepräsentiert. Es scheint logisch und einfach: Um die Lebenswirklichkeit abzubilden und dieser gerecht zu werden, müssen die Sender entsprechende Programminhalte anbieten. Das Programm können am besten die machen, die vor Ort, in der Region leben. Um das Programm machen zu können, brauchen sie Geld.

Die Medienlandschaft ist radikal im Umbruch. Die Digitalisierung verändert den Markt, die Ausspielwege, das Nutzerverhalten, den Ton, die Akzeptanz. Wir weisen als Medienpolitiker der Partei DIE LINKE die Diffamierungen zurück, die die Politik und Gesellschaft begleitende und Nachrichten einordnende Funktion der Öffentlich-Rechtlichen negieren: Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten bei Demonstrationen, »Lügenpresse«-Rufe und manipulative Diktaturvergleiche – all dies sind Problemfelder, die sich bundesweit, aber eben auch überproportional im Osten auftun. Die Angriffe von rechts sind nicht zuletzt auch der Versuch aus gesellschaftlicher Polarisierung wirtschaftlichen Gewinn und Einfluss zu ziehen.

Innerhalb des Medienwandels und laufender Konzentrationsprozesse verteidigen wir den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk als demokratisch begründete, öffentlich finanzierte und marktunabhängige Grundversorgung mit Nachrichten und anderen Medieninhalten und als Teilhabesinstrument. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, sind Fragen der Repräsentanz, der Mittelverwendung und der Inhalte neu zu gewichten. Die Spiegelung der Bevölkerungs- und Altersstruktur und das demokratische Prinzip der Gleichheit definieren Aufgaben, der sich die Öffentlich-Rechtlichen sowohl bundesweit als auch mit ostdeutscher Spezifik stellen müssen.

Wir fordern deshalb:

■ *Der Lebenswirklichkeit gerecht werden:*

Nachweisbar zusätzlich 1 Prozent der Beitragseinnahmen, rund 80 Mio. Euro, in ostdeutsche Programmangebote! Also mehr Mittel an NDR, rbb und MDR, die über die Verwendung jährlich berichten. Dies muss über einen neuen ARD-Finanzausgleich realisiert werden.

■ *Bundesdeutsche Normalität herstellen:*

Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern müssen mehr und auch außerhalb von RBB und MDR in Führungs- bzw. Programmverantwortung!

■ *Gerechtigkeit in der Beitragsverwendung herstellen:*

Mehr Gemeinschaftssendungen, -einrichtungen und -aufgaben (GSEA) in die ostdeutschen Länder umsiedeln sowie mehr Geld über einzelne GSEA (z.B. degeto) in den Osten!

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Nicole Anger,

Mitglied des mdr-Rundfunkrates

André Blechschmidt,

Medienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Antje Feiks,

Medienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag

Stefan Gebhardt,

Medienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen- Anhalt

Magdeburg, 28. Mai 2021